



Gemeinsame Pressemitteilung

vom

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)

und

VSR-Gewässerschutz e.V.

Düngemittelindustrie muss Uraneinträge reduzieren

Zur Begrenzung des Urangehalts in Lebensmittel und Trinkwasser sowie in Futter- und Düngemitteln fordern der VSR-Gewässerschutz e.V. und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) gesetzliche Regeln. Lokale natürliche Vorkommen im Grundwasser dürfen nicht als Begründung für eine flächenhafte Belastung unseres Grundwassers mit Uran herhalten. Neben dem Uranbergbau und dem Militär verschmutzt auch die Landwirtschaft das Grundwassers mit dem radioaktiven Schwermetall Uran. Es ist als radioaktiver Alpha-Strahler und toxisches Schwermetall eine Gefahr für die Gesundheit. Gerade dieses doppelte Gefährdungspotential wird bislang noch oft verkannt. Seit Mitte des letzten Jahrhunderts haben die Mengen an Uran, die durch menschliche Aktivitäten in die Umwelt gelangen, zugenommen. Somit ist auch die Gefahr erhöhter Belastungen in der Nahrungskette gestiegen.

Verantwortlich für die Uraneinträge in landwirtschaftliche Böden ist insbesondere die mineralische Phosphor-Düngung. Phosphor ist ein für alle Pflanzen lebensnotwendiger Mineralstoff und wird daher landwirtschaftlichen Böden regelmäßig durch Düngung zugeführt, um diese ausreichend zu versorgen. Gerade mineralische Düngemittel

enthalten oft neben dem nützlichen Mineralstoff auch hohe Mengen von Uran. Durch Bewässerung und Niederschlag wird dieses radioaktive Schwermetall mobil. Es kann von den Pflanzen aufgenommen oder in das Grundwasser ausgewaschen werden. Phosphorhaltige Mineraldünger müssen nicht zwangsweise belastet sein. Es gibt auch Abbaugelände mit einer sehr geringen Uranbelastung in den Rohphosphaten. Auch kann dieses unerwünschte Uran in der Düngemittelindustrie entfernt werden. Doch es gibt keine Vorgaben wieviel Uran im Dünger vorhanden sein darf, so dass aus Kostengründen in der Regel eine Reduzierung der Belastung unterbleibt. So werden heute phosphathaltige Düngemittel zu 87 % aus Rohphosphaten hergestellt, die stark mit Uran angereichert sind. Im Gegensatz zur Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) fordern die Umwelt- und Verbraucherschützer strenge Grenzwerte. Es reicht nicht aus, wie von der FAL gefordert, nur den Urangehalt beim Phosphordünger anzugeben und die Entscheidung dem Landwirt zu überlassen, welchen Dünger er ausbringt und welche Uranfrachten er auf seinem Feld und für die menschliche Gesundheit toleriert.

„Die Entscheidung wie stark unsere Umwelt mit dem radioaktiven Schwermetall Uran belastet wird, dürfen die Politiker nicht den Landwirten überlassen,“ so Diplom-Oecotrophologin Susanne Bareiß-Gülzow, Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz. „Die Düngemittelindustrie muss verpflichtet werden, das Uran aus ihren Produkten vollständig zu entfernen.“

Bonn, 11. August 2008

Kontakt:

Dipl.-Phys. Harald Gülzow	Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des BBU	Tel. 0170 3856076
Susanne Bareiß-Gülzow	Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz	Tel. 02831 980281